

Brief aus Berlin



Bewegung im Konflikt mit Russland

Nach einer langen Phase der Unentschlossenheit ziehen die Koalitionsfraktionen schließlich Konsequenzen gegenüber dem ehemaligen Kanzler Gerhard Schröder und seiner Tätigkeit beim russischen Gaskonzern Rosneft. Das Büro des Altkanzlers soll „ruhend gestellt“ werden. Dennoch haben die Fraktionen mit ihrem Zögern für Unruhe gesorgt und viel Zeit verloren. Ich begrüße die endlich gefällte Entscheidung. Das Andauern der Causa Schröder präsentiert gleichzeitig das interne Dilemma in der SPD und die dort fehlende Führungsstärke und Durchsetzungskraft. Der ehemalige Kanzler schadet dem Ansehen Deutschlands massiv und sorgt für Widersprüche in der öffentlichen Darstellung der Bundesrepublik gegenüber Russland.

Die von der EU und ihren Partnern verhängten Sanktionen gegenüber Russland, haben der russischen Wirtschaft stark geschadet. Mit dem Ziel, die russische Wirtschaft zu isolieren und Unterstützer sowie Schlüsselsektoren davon abzuhalten, den russischen Staat weiterhin zu finanzieren, damit die Kampfhandlungen beendet werden, wurden wichtige Schritte im Zuge des Sanktionsdurchsetzungsgesetzes geebnet. (Mehr Informationen zu diesen Thema und den spezifischen Sanktionen Deutschlands auf Seite 2). Als Antwort auf die gestiegenen Preise auf Kraftstoffe hat die Bundesregierung ein Gesetz erlassen, welches ab dem 1. Juni 2022 gilt. Diesen Schritt der Mehrwertsteuer-senkung hätten wir uns bereits seit März gewünscht und haben die Forderung in mehreren Anträgen seit Februar hervorgebracht.



Diese Woche:

Seite 2

Themen im Bundestag



Seite 3/4

Rainer trifft...





Themen im Bundestag

Senkung der Energiesteuer

Das ab dem 1. Juni 2022 bis zum 31. August 2022 geltende Gesetz der Bundesfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sieht eine deutliche Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe vor. Grund für den Gesetzesentschluss sind die durch den Ukraine-Krieg stark gestiegenen Kraftstoffpreise, welche für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft zu einer enormen Belastung geführt haben. Die Mindereinnahmen der Steuern schlagen sich im Bundeshaushalt mit 3,15 Milliarden Euro nieder.

In dem vom Bundestag beschlossenen Entlastungspaket wird der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer auf 10.347 Euro angehoben. Die Erhöhung der Pauschale für Fernpendler wird auf 38 Cent pro Kilometer vorgezogen und die Werbekostenpauschale wird auf 1200 Euro erhöht. Des Weiteren wird der Sofortzuschlag für Kinder und Jugendliche aus ärmeren Familien 20 Euro pro Monat betragen und es wird eine Einmalzahlung für erwachsene Leistungsberechtigte von 200 Euro (Hartz IV oder Arbeitslosengeld II), bzw. 100 Euro (Arbeitslosengeld I) geben.

Als Unionsfraktion begrüßen wir das Gesetz zur Senkung der Energiesteuer, halten jedoch den Zeitraum für zu kurz. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks hat ausdrücklich darauf hin gewiesen, dass die Folgen des Ukraine-Krieges im Bezug auf die Energiekosten nicht nach drei Monaten beendet sein werden. Laut dem Bundesverband der deutschen Industrie müssten die Steuern auf Heizstoffe und Strom reduziert werden, da diese weit wichtiger sind für die Produktionsprozesse im Bezug auf die Steuerlast der Unternehmen.



Effektivere Durchsetzung von Russland-Sanktionen



Am 20.05.22 hat der Bundesrat das Sanktionsdurchsetzungsgesetz des Bundestages akzeptiert. Somit kann das Gesetz dem Bundespräsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt werden. Der Beschluss verfolgt das Ziel, die gegen russische Oligarchen und Firmen beschlossenen Sanktionen der EU effektiv durchzusetzen. Hierbei geht es darum den Druck auf Russland zu verstärken, den Angriffskrieg gegen die Ukraine zu beenden und die Finanzierung weiterer militärischer Maßnahmen zu unterbinden.

Um gelisteten Personen und Unternehmen den Zugang zu ihren Vermögensanlagen zu verwehren, müssen die Behörden Wertpapierdepots, Konten und Schließfächer den Sanktionierten sicher zuschreiben können. Das Gesetz hilft den Bundes- und Landesbehörden den Zugriff auf die Daten zu verbessern und den Austausch dieser zu optimieren. Für die Durchsetzung von Handelsverboten arbeitet in Zukunft die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (FIU) bei der Vermögensfeststellung mit. Zur Durchsetzung von Handelsverboten hat die BaFin die Berechtigung erhalten Maßnahmen zur Durchsetzung von Handelsverboten zu erteilen.

Bei Verstoß gegen die Anzeigepflicht von gelisteten Personen, werden diese mit Geld- oder Freiheitsstrafen geahndet. Als Voraussetzung für die Durchführung, der gegen einzelne Personen gerichtete EU-Sanktionen, sei die Offenlegung der gesamten Vermögensverhältnisse. Ansonsten würde die Gefahr bestehen, dass die geplanten Sanktionen aufgrund von Verheimlichung der Vermögensverhältnisse vermieden werden.

Antrag der Fraktion DIE LINKE zu Krisengewinne von Energiekonzernen

Am Freitag, den 20.05.22, hat der Bundestag über den Antrag der Fraktion DIE LINKE zu „Außerordentliche Krisengewinne von Energiekonzernen abschöpfen“ debattiert. Im Entwurf wurde gefordert, dass Teile der Unternehmensgewinne von Energiekonzernen im Geschäftsjahr 2022, der die Gewinne des Vorjahres um mehr als 10 Millionen Euro übersteigt, zusätzlich einer Übergewinnsteuer von 25 Prozent unterworfen werden.

Meiner Meinung nach wird mit diesem Antrag das Problem nicht gelöst, da letztendlich weitere zusätzliche Kosten auf die Verbraucherinnen und Verbraucher umgelegt werden. Das treibt die Preisspirale weiter nach oben. Vielmehr sollten wir als Folge auf die Mehreinnahmen der Energiekonzerne gezielte Anreize setzen, damit sich diese vom russischen Gas abwenden und den Wandel zu den alternativen Energien angehen.

Meine Rede dazu können Sie [HIER](#) ansehen.



Foto: Michael Wittig



Rainer trifft...

... Schülerinnen und Schüler der Mathias-von-Flur Berufsschule



Foto: Deutscher Bundestag/Inga Haar

Am Freitag, den 06.05.22 besuchten mich die Schülerinnen und Schüler der Mathias-von-Flur Berufsschule im Deutschen Bundestag. Im gemeinsamen Gespräch tauschten wir uns zu aktuellen wirtschaftlichen und politischen Themen aus, wie zum Ukrainekrieg, den erhöhten Spritpreisen, der Bedeutung der regionalen Landwirtschaft sowie zu meinem persönlichen Werdegang und Alltag als Bundestagsabgeordneter aus. Ich schätze die persönlichen Diskussionsrunden sehr und freue mich auf ein baldiges Wiedersehen in der Heimat.



Foto: BDZ

... BDZ Bundesvorsitzenden Dieter Dewes

Im Gespräch mit Dieter Dewes über die aktuelle Situation der Zollverwaltung waren wir uns einig, dass angesichts des umfassenden Aufgabengebietes der und der damit folgenden zusätzlichen Belastung des Zolls eine Aufstockung für die Zollverwaltung dringend notwendig ist. Neben dem demografischen Wandel haben auch die komplexer werdenden Aufgabenfelder und die Digitalisierung Auswirkung auf Personalanforderungen und -aufstockung beim Zoll.



... Dr. Ben Möbius und Jonas Ölke vom Verband der Bahnindustrie

Im Austausch mit Dr. Ben Möbius und Jonas Ölke sprachen wir über den hohen Bedarf an zusätzlichen Bahnstrecken und Taktverdichtung sowie über die Beschleunigung des Ausbaus der Bahnstrecken. Nicht zu vergessen ist dabei, dass wir in Deutschland, insbesondere im Grenzbereich zu Nachbarstaaten Nachholbedarf haben, Strecken schnellstmöglich zu digitalisieren.



... Vertreter der Ratingagentur Moody's

Außerdem lernte ich in diesem Monat Jens Schmidt-Bürgel, Dr. Julia Haake und Anjena Narang von der Ratingagentur Moody's kennen. Als eine der weltweit führenden Ratingagenturen sprachen wir über die Etablierung von Nachhaltigkeit in Unternehmen sowie die Einflüsse der Politik auf das Rating von Unternehmen.

Rainer trifft ...



... Vertretern der Bank ING-DiBa

Im Zuge meiner Arbeit im Finanzausschuss informiere ich mit fortlaufend über das aktuelle Geschehen in den verschiedenen Zweigen des Finanzsektors. Kürzlich hatte ich hierzu einen persönlichen Austausch mit Vertretern der Bank ING-DiBa.

Dr. Joachim von Schorlemer ist stellvertretender Vorsitzender der Direktbank und hat berichtet, mit welchen Herausforderungen die Banken in Deutschland derzeit befasst sind. Wichtig sind der Schutz der Kundendaten, die Sicherheit für Anleger und neue Vorhaben auf europäischer Ebene.

Zusammen reflektierten wir, welches Regelwerk die EU in Zukunft aufbauen wird: Eine Kapitalmarktunion oder eine Bankenunion? Es gibt noch große Kontroversen in der politischen Debatte und man muss abwarten, wie es im Detail beschlossen wird. Es bleibt ein lebendiges und höchst brisantes Thema.



... Würth Gruppe

Es war mir eine große Ehre, Gast im Würth Haus Berlin zu sein. Hierbei ging es um die Initiative „MACH WAS! Der Handwerkswettbewerb für Schulteams.“ Ein Thema, welches mir als Handwerksmeister sehr am Herzen liegt. Zusammen mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, Vertretern verschiedener Bildungsinstitutionen und Repräsentanten der Würth Gruppe diskutierten wir über die Bedeutung des Handwerks sowie die Wertschätzung der handwerklichen Berufe. Des Weiteren wurde darüber gesprochen, wie man den Nachwuchs für das Handwerk begeistert und wie das Bewusstsein für die Branche bereits in den Schulen gestärkt werden kann. Dem vorherrschenden Fachkräftemangel muss entgegengewirkt werden. Die zukünftigen Herausforderungen, wie der Transformationsprozess und die Energiewende können nur Hand in Hand mit dem Handwerk erfolgen.



Für Sie erreichbar...

in Berlin:
 Deutscher Bundestag
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Telefon: 030 / 227 77420
 E-Mail: alois.rainer@bundestag.de

im Wahlkreis:
 Schulstraße 1
 94353 Haibach
 Telefon: 09963 / 943 9494
 E-Mail: alois.rainer.wk@bundestag.de